

Viel Lärm um das Heizen kalter Luft

Gastrobetriebe brauchen schnell Entlastung bei den Energiekosten. Geplante Hilfe liegt wegen eines Disputs über Heizpilze auf Eis.

HELMUT KRETZL

WIEN. Die Kosten für Energie und Strom steigen rasant und machen immer mehr Unternehmen zu schaffen. Viele brauchen den geplanten Energiekostenzuschuss der Regierung wie einen Bissen Brot. Aber obwohl grundsätzlich ausverhandelt, lässt die Beschlussfassung noch auf sich warten. Am Mittwoch könnte es so weit sein, bestenfalls könnte die Regierung dann beim Ministerrat die dafür erforderliche Richtlinie auf den Weg bringen.

Diese Hoffnung äußern jedenfalls Optimisten unter den Regierungsmitgliedern. Sie hoffe, „dass wir noch in dieser Woche eine Einigung haben werden“, sagt Susanne Kraus-Winkler, Staatssekretärin für Tourismus. Sie selber bekennt sich zu einem pragmatischen Zugang – und hält wenig von Diskussionen über „Symbolgeschichten“.

Bezeichnendes Beispiel dafür ist die Diskussion um Heizstrahler für die Open-Air-Gastronomie im Winter. Für nicht wenige Lokalbetreiber sei das ein wesentlicher Faktor, um in der kalten Jahreszeit Menschen zu einem Lokalbesuch zu bewegen, lautet das Argument von Gastronomen. „Das Heizen kalter Luft“ sei eine „unverantwortliche Energieverschwendung“ in Zeiten der

Energiekrise, heißt es dagegen von ökologischer Seite.

Heizschwammerl sind in kürzester Zeit Opfer eines massiven Wertewandels geworden. Galten die Open-Air-Strahler nach Einführung des Rauchverbots in Lokalen und in Zeiten der Pandemie noch als Retter der Gastronomie, so sind sie in Zeiten exorbitant steigender Energiepreise und drohender Gaslieferstopps für viele zum absoluten No-Go geworden – einem „Geht gar nicht“.

Und es gibt auch noch eine dritte Gruppe, die sagt, Heizpilze seien „völlig überschätzt“ – so wie die Diskussion darüber. Unbestritten ist, dass die von Unternehmen ersehnte Entlastung der Energiekosten durch einen Zuschuss vorerst auf Eis liegt, während im Hintergrund eine hitzige Diskussion tobt.

Grund sei eine „Verbotsliste der Grünen“, die mit Beschränkungen von Flutlicht, geschlossenen Türen oder einem Aus für Heizstrahler die Ausübung von Gastronomie und Hotellerie erheblich einschränken würden, argumentieren Wirtschaftsvertreter singemäßig.

Von grüner Seite klingt das ganz anders. Auch da wird die Notwendigkeit schneller und effektiver Hilfen betont, allerdings müssten dabei soziale Treffsicherheit und ein



Heizschwammerl sind Opfer des Wertewandels.

BILD: SN/IMAGO/LARS REIMANN

möglichst sparsamer Energieverbrauch im Vordergrund stehen. Denn „es wäre paradox, den verschwenderischen Umgang mit Energie zu unterstützen“.

Es wird verhandelt, intensiv, auf höchster Ebene und bis zuletzt. Kraus-Winkler berichtet von einem längeren Telefonat mit Grünen-Klubobfrau Sigi Maurer in den Morgenstunden. Wo es genau hakt, ist unklar. „Das gesamte Paket muss stimmen“, heißt es dazu von involvierter Stelle.

Für manche Unternehmen wird die Zeit knapp, damit steigt der Druck auf die Verhandlungsteams. Allein der steigende Strompreis bedeutet für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) eine jährliche Mehrbelastung von 17,6 Mrd. Euro,

hat das Beratungsunternehmen Finanzombudsteam berechnet. Schon im März gaben 700 von 800 befragten Unternehmen an, sie hätten wegen der Preissteigerungen erhöhten Finanzierungsbedarf. Seit August ortet Finanzombudsteam eine „dramatische Zuspitzung der Situation“, 78 Prozent der KMU meldeten Liquiditätsgapen. Weil Banken kaum noch Kredite vergeben, seien „die Ampeln von Hellrot auf Dunkelrot gesprungen“, sagt Gerald Zmugg, der Chef von Finanzombudsteam. Er fordert rasche staatliche Hilfe durch Übernahme eines Großteils der entstandenen Strommehrkosten oder durch Garantien für eine Zwischenfinanzierung.

In Deutschland wackelt die Gasumlage

Umstrittene Abgabe könnte vor Einführung eingestampft werden.

BERLIN. Trotz hoher Preise für Energie und Lebensmittel sollten die Verbraucher in Deutschland auch noch mithelfen, Gasimporteure mit Milliarden zu retten. Diese Idee der Bundesregierung stieß vielen sauer auf. Jetzt wird immer deutlicher: Die Gasumlage könnte vor ihrer Einführung Anfang Oktober schon Geschichte sein.

Die deutsche Bundesregierung kündigte am Montag eine schnelle Lösung zur Zukunft der umstrittenen Gasumlage an. Die Struktur einer Gesamtlösung werde „sehr schnell“ in einem geordneten Verfahren sichtbar, sagte ein Regierungssprecher am Montag. Dabei geht es nicht nur um die Gasumlage, sondern auch um eine mögliche Gaspreisbremse. Hinter den Kulissen wird nun verhandelt. In Kreisen des Bundeswirtschaftsministeriums hieß es, eine „geordnete Ablösung“ der Gasumlage sei sinnvoll. Wichtig sei aber eine alternative Finanzierung, um die Stabilisierung der Gasmärkte sicherzustellen.

In der Ampelkoalition sind immer mehr Politiker der Meinung, dass die Gasumlage nicht erhoben werden soll. Sie soll laut bisherigem Plan Anfang Oktober in Kraft treten, alle Gaskunden sollten dann rund 2,4 Cent pro verbrauchter Kilowattstunde draufzahlen. Der größte Teil des Gelds sollte an zwei Gasimporteure gehen, die besonders vom Russland-Geschäft abhängig sind: Uniper und die ehemalige Gazprom-Tochter Sefo. Doch inzwischen ist klar, dass Uniper verstaatlicht werden soll. Auch bei der mittlerweile unter Kontrolle des Bundes stehenden Sefo könnte der Staat stärker einsteigen. SN, dpa

KURZ GEMELDET

BMW peilt 2023 ein leichtes Wachstum an

MÜNCHEN. Der Autobauer BMW will im kommenden Jahr angetrieben von einer starken Nachfrage nach Elektroautos wieder mehr Autos verkaufen. „Leicht“ bedeute bei BMW eine Steigerung von einem bis fünf Prozent, erklärte Finanzchef Nicolas Peter am Montag. Bei den vollelektrischen Autos kann er sich einen Absatzzuwachs auf 400.000 Fahrzeuge vorstellen. SN, dpa

Britisches Pfund fällt auf historisch tiefsten Stand

FRANKFURT. Ein stärkerer Dollar und Zweifel an den Haushaltsplänen von Premierministerin Liz Truss haben das britische Pfund am Montag auf ein Rekordtief gedrückt. Der Kurs fiel im Handel auf 1,0350 Dollar. Eine geplante Steuererhöhung der neuen britischen Regierung beunruhigt die Märkte. „Liz Truss riskiert alles auf eigene Faust für das Wachstum in Großbritannien“, schrieb die „Times“. Laut Experten steigt der Schuldenberg in den nächsten fünf Jahren um 400 Mrd. Pfund. SN, dpa



Nicht mehr ganz billig.

BILD: SN/AFP

Ryanair wird Ticketpreise nun doch anheben

FRANKFURT. Der Billigflieger Ryanair will angesichts von teurem Sprit die Preise anheben. „Der durchschnittliche Preis für ein Ryanair-Ticket dürfte in fünf Jahren von 40 auf 50 Euro steigen“, sagte Deutschland-Chef Andreas Gruber am Montag. Die Airline sichere sich mit Finanztermingeschäften gegen steigende Ölpreise ab und kaufe günstig Kerosin auf Vorrat, doch könne man steigende Spritpreise nicht komplett abfedern. Gegenüber der Konkurrenz sieht man sich dennoch im Vorteil. Viele Menschen würden in der Rezession auf den Preis achten. SN, dpa

Großstädter wollen saubere Luft erzwingen

BERLIN. Mit Unterstützung der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und der Organisation Client Earth ziehen sieben Bürgerinnen und Bürger vor das Bundesverfassungsgericht, um die deutsche Bundesregierung zu strengeren Grenzwerten für die Sauberkeit der Luft zu verpflichten. Wie die DUH am Montag mitteilte, leben die sieben Beschwerdeführer in den Städten Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main und München in unmittelbarer Nähe von Messstellen mit besonders hoher Belastung mit Stickoxiden und Feinstaub. SN, dpa

VKI bremst Verleiher von Scootern aus

WIEN. Der Verein für Konsumenteninformation hat die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des E-Scooter-Verleihers Link im Auftrag des Sozialministeriums unter die Lupe genommen und 35 für Kunden nachteilige Klauseln bemängelt. Die Firma habe sich nun dazu verpflichtet, die Klauseln nicht mehr zu verwenden, teilte der VKI mit. SN, APA

Was ist da los? Druckabfall in Gas-Röhren aus Russland

BERLIN. In der Gaspipeline Nord Stream 2 gibt es einen auffälligen Druckabfall. Die Marinebehörden in Deutschland, Dänemark, Schweden, Finnland und Russland seien informiert worden, teilte der Sprecher des Pipeline-Betreibers Nord Stream 2 AG am Montag mit. „Es muss irgendwo ein Loch sein, nur kein Mensch weiß, wo.“ Es könne sein, dass im Offshore-Bereich Gas entweiche. Normalerweise liege ein Druck von 105 bar an, jetzt seien es auf

deutscher Seite nur noch 7 bar. Die Pipeline Nord Stream 2 verläuft 1230 Kilometer von Russland durch die Ostsee bis nach Deutschland. Sie ist fertiggestellt und mit Gas gefüllt, allerdings wurde durch sie nie Gas importiert. Das Genehmigungsverfahren wurde im Februar gestoppt. Am Abend gab der Betreiber bekannt: Auch in der Pipeline Nord Stream 1 gebe es in beiden Röhren einen starken Druckabfall. Eine Ursache dafür nannte der Betreiber nicht. SN, dpa

Marketingmitteilung der Raiffeisenverband Salzburg eGen.

Raiffeisen Salzburg

DIE ZUKUNFT MITGESTALTEN.

AUS GELD WIRD GUT

SINNVOLL INVESTIEREN UND VON REGIONALEN GUTSCHEINEN PROFITIEREN!

Veranlagungen in Wertpapiere sind mit Risiken verbunden, bis hin zu Kapitalverlusten. Es handelt sich um einen Querverkauf. Die regionalen Einkaufsgutscheine sind in der Raiffeisenbank nicht separat erwerbbar. Das Angebot ist gültig bis 30. Dezember 2022.

Ich dadat zum ausgezeichneten Online-Broker wechseln.

MEHR AUF DAD.AT/DEPOT
DADAT – EINE MARKE DER
SCHELHAMMER CAPITAL BANK AG
Marketingmitteilung

DADAT